

17. Wahlperiode

1816

Antrag

der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

„7.000-Euro-Schulsanierungsprogramm“ für Bezirke umsetzbar machen

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, für die Berliner Bezirke umgehend Rahmenbedingungen zu schaffen, die diesen die Inanspruchnahme des „7000-Euro-Schulsanierungsprogramms“ ermöglicht.

Dazu ist:

1. die Antragstellung zu entbürokratisieren und zu vereinfachen,
2. zu ermöglichen, dass Reparatur- oder Erneuerungsarbeiten von Hausmeistern und Hausmeisterassistenten erbracht werden dürfen,
3. den Schulen die Möglichkeit einzuräumen, durch bezirkliche Ausschreibung ermittelte „Vertragswerkstätten“ zu beauftragen.

Begründung:

Jede Berliner Schule kann seit dem Jahr 2013 7.000 Euro jährlich aus dem Schul- und Sportstättenanierungsprogramm beantragen. Die bezirklichen Stadtentwicklungsämter sind mit der Umsetzung dieses „7.000-Euro-Schulsanierungsprogramms“ aufgrund der Personalsituation überfordert. Die Schulen werden in ihren Handlungsspielräumen aus rechtlichen Gründen behindert, schnell und unkompliziert Mittel abzurufen. Das Abrufen der Mittel ist hoch bürokratisch.

Hausmeister haben in früheren Zeiten kleinere Reparaturen oder Erneuerungsarbeiten selbst ausgeführt. Dies sollte wieder ermöglicht werden. Ein System von Vertragswerkstätten würde zudem eine schnelle Reaktion bei akuten Problemen ermöglichen und wiederkehrende Ausschreibungen unnötig machen. Es könnte dann jeweils für die Dauer des gültigen Doppelhaushaltes eine Vertragsbindung erfolgen.

Berlin, d. 12. März 2015

U. Wolf Kittler
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Die Linke

Pop Kapek Remlinger
Und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen